



Protokoll der 29. Sitzung des Einwohnerrates

vom 15. Februar 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Anita (GL), Jurt Daniel (SVP), Oberholzer Natalie (GL) und Schneider Domenic (GLP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 21.12.2022 ://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21.12.2023 wird mit der beantragten Änderung einstimmig genehmigt.	-
2. Wahlbüro-Ersatzwahl ://: Einstimmig wird Herr Ulrich Dammer, geb. 1968, anstelle von Herrn Paul Fraefel für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2024 in das Wahlbüro gewählt.	2023-158
3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen ://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktionen werden die vorgeschlagenen Ratsmitglieder in das Ratsbüro sowie in die BPK, GPK und FIKO gewählt.	2023-160
4. Quartierplanung «Lüdin»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 2. Lesung und Beschlussfassung ://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. § 6 Abs. 2 des QP-Reglementes wird einstimmig zugestimmt. ://: Der Einwohnerrat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme die Quartierplanung «Lüdin», bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 24.08.2022 mit der vorgängig beschlossenen Änderung sowie dem Quartierplan, Bebauung, Nutzung, Erschliessung, Aussenraum und Schnitte 1:500 vom 24.08.2022.	2022-130 2022-130a
5. Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon – Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit in Folge ungenügender Tragfähigkeit des Baugrunds und Entsorgung von belastetem Aushubmaterial ://: Dem Nachtragskredit Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon, Ausführungsprojekt, Konto 2.2171.5040.0299, in der Höhe von CHF 1'949'000.-- inkl. 7.7 % MWST wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.	2022-146 2022-146a

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| 6. | Buserschliessung Langhagquartier – Bericht Stadtrat betreffend Postulat «Buserschliessung Langhagquartier mit bestehender Linie?» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>://: Der Einwohnerrat nimmt den stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2022-117a einstimmig zur Kenntnis.
://: Das Postulat Nr. 2022-117 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2022-117
2022-117a |
| 7. | Sperrung-Signalisation A22 – Interpellation «Bessere Kennzeichnung von Sperrungen der Autostrasse A22 bei der Einfahrt Liestal Nord» von Florian Sennhauser der FDP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2023-156 |
| 8. | Windkraftanlagen – Interpellation «Windkraftanlagen auf Gebäuden» von Markus Rudin der SVP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2023-159 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste auf der Tribüne zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Herr Markus Hügin (SVP) ist am 27. Januar 2023 als Nachrückender von Herrn Nure Shala (SVP) als gewählt erklärt worden.
Das neue Ratsmitglied wird von Hanspeter Meyer (SVP) der SVP-Fraktion kurz vorgestellt: Markus Hügin (SVP) wohnt am Kesselweg 17 und ist 1963 geboren. Er ist Bürger von Liestal und Frenkendorf sowie Vater von 2 Kindern. Er ist in Frenkendorf aufgewachsen und wohnt seit 1988 in Liestal. Er ist gelernter Elektromonteur und seit 1987 in der Informatik tätig. Seit 2016 arbeitet er bei Job Factory AG in Basel mit Zusatzfunktionen als Berufsbegleiter und Anleiter für Praktikanten. In seiner Freizeit beschäftigt er sich mit fotografieren, wandern und kochen. Er war über 15 Jahre lang Trainer einer Fussballmannschaft und ist auch ein sehr guter Velofahrer.
- Dominique Meschberger (SP) hat mit Schreiben vom 07. Februar 2023 ihren Rücktritt als Einwohnerrätin per 31. März 2023 erklärt.
Das Rücktrittsschreiben wird verlesen, die geleisteten Arbeiten der scheidenden Ratskollegin bestens verdankt und ihr für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Die Einladung für den Einwohnerratsausflug vom 10. Mai 2023 ist den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 09. Februar 2023 zur Kenntnis gebracht worden. Die Ratsmitglieder werden um eine Rück- bzw. Anmeldung bis am 01. April 2023 an Anja Weyeneth (SP) gebeten.
- Angesichts der kurzen Traktandenliste wird das Ratspräsidium kurzfristig entscheiden, ob die Sitzung noch durch eine Pause unterbrochen wird.

Neue persönliche Vorstösse

- Steuersenkung – Motion «Steuersenkung jetzt und kalkulierbar» von Peter Küng und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2023-161)

Stimmenzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|---|
| - Lukas Heinzelmann (Ersatzmitgl. SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Daniel Schwörer (FDP) | Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Sibylle Schenker (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert mittels einer Power-Präsentation, welche den Ratsmitgliedern noch zur Kenntnisnahme gemailt wird, über den Stand der SBB-Baustellen: Bei der von einer Drohne erstellten Gesamtübersicht sieht man insbesondere den tiefen Einschnitt beim Burggraben. Die Baustellen von SBB Immobilien sind beim Kran 1 und 2 mit der Baugrube des neuen Bahnhof-Gebäudes, der Mittelteil mit der unterirdischen Velostation zwischen dem Kran 2 und 3 sowie der Hochbaukomplex zwischen Kran 3 und 4 ersichtlich. Aktuell laufen die mehrlagigen Bewehrungs- und Armierungsarbeiten der Bodenplatte des stadteigenen Projektes der Velostation. Beim Burggraben Nordwest ist man mit dem Grundbau und der Hangsicherung für den Zugangsbereich der neuen Schwieri-Passerelle auf Kurs. Im Zusammenhang mit der Oristal-Strassenunterführung wird es von Ende März bis voraussichtlich September zu Engpässen und Verkehrseinschränkungen kommen, da der Veloweg in der Strassenunterführung und die Einfahrt zur Velostation realisiert wird, weshalb teilweise ein Einbahnregime nötig ist. Auch wird vom 27. Februar bis zum 28. April der Fussweg zwischen dem Alters- und Pflegeheim Frenkenbündten und den Geleisen gesperrt, deshalb muss auf das Galgenrainwegli ausgewichen werden. Am 23. März 2023 findet der nächste Info-Apéro von 17.00 bis 20.00 Uhr beim Emma Herwegh-Platz statt, zu welchem mit einem Informationsschreiben noch eingeladen wird.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste für die heutige Ratssitzung wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 1. Februar 2023 beschlossen.

241 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. Dezember 2022

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert, dass das Büro dem Rat die Genehmigung des Protokolls vom 21.12.2022 mit folgender Änderung beantragt:

Trakt. 7 – Rettungszentrum (Seite 699, oberster Absatz)

... Es wäre gut und schön, wenn der Stadtrat bezüglich dem Rettungszentrum-Projekt etwas offensiver informiert hätte (statt «hatte»), damit ...

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Änderungsantrag von Hanspeter Meyer (SVP) keine Wortbegehren angemeldet werden, weshalb sie nun über diesen abstimmen lässt.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21.12.2022 wird einstimmig mit der beantragten Änderung genehmigt.

242 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2023-158)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit einer offenen Abstimmung einverstanden erklären kann und keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion wird einstimmig Herr Ulrich Dammer, geb. 1968, Quellenweg 5, anstelle von Herrn Paul Fraefel für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2024 in das Wahlbüro gewählt.

243 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2023-160)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder mit einverstanden erklären können, dass offen und en globo gewählt wird.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Büro des Einwohnerrates (Büro)

- Meyer Denise (SVP) anstelle von Gränicher Beat (SVP) als Büro-Mitglied
- Meyer Hanspeter (SVP) anstelle von Heinzelmann Lukas (SVP) als Büro-Ersatzmitglied

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Hügin Markus (SVP) anstelle von Gränicher Beat (SVP) als BPK-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Hügin Markus (SVP) anstelle von Meyer Denise als GPK-Mitglied
- Meyer Denise (SVP) anstelle von Meyer Hanspeter (SVP) als GPK-Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Jurt Daniel (SVP) anstelle von Gränicher Beat (SVP) als FIKO-Ersatzmitglied

244 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanung «Lüdin»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2022-130)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Geschäft ist an der letzten Ratssitzung vom 25. Januar 2023 in einer 1. Lesung beraten worden. Nach der heutigen 2. Lesung wird dann über die Anträge abgestimmt.

Werner Fischer (FDP) hält als Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK) fest, dass es seit der ersten Lesung keine neuen Erkenntnisse gibt. Den Ratsmitgliedern ist in den letzten Tagen ein Flyer des Vereins „Liestal.orientiert“ im Zusammenhang mit dem QP Lüdin zugestellt worden. Die in diesem Flyer angesprochenen Sachverhalte sind von der BPK bereits bei der Vorberatung umfassend diskutiert worden, doch ist man zu anderen Erkenntnissen als „Liestal.orientiert“ gekommen. Für die BPK gibt es ganz gute Gründe, weshalb beispielsweise die Gebäudehöhe entlang der Bahnhofstrasse zugelassen wird, wie sie beim QP Lüdin vorgeschlagen wird. Eine innere Verdichtung an ganz zentralen und sehr gut vom öffentlichen Verkehr erschlossenen Grundstücken wird in der BPK und auch im Einwohnerrat breit abgestützt. Genau die gleichen Diskussionen wurden bereits beim Projekt Bahnhofcorso geführt. Überall dort, wo man gut hinzukommt und auch auf das Auto verzichten kann, soll eine gute Erschliessung und Ausnutzung möglich sein. Das Geschäft ist in der BPK gewissenhaft und gut angeschaut werden, weshalb keine Rede von „durchwinken“ und „abnicken“ sein kann. Die BPK hatte viel Zeit investiert, liess sich verschiedene Diskussionspunkte von den Architekten erklären und hatte vor Ort die Situation bezüglich den Gebäudehöhen usw. angeschaut und besprochen. Der QP Lüdin ist für Liestal bestimmt eine Bereicherung, weshalb der Rat anschliessend die BPK-Anträge unterstützen möchte.

Vreni Wunderlin (GLP) informiert als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion darüber, dass ihre Fraktion nach wie vor davon überzeugt ist, dass der QP Lüdin von hoher Qualität ist. Es ist ein gelungenes Projekt und der verdichteten Bauweise trägt man auf Seite der Bahnhofstrasse Rechnung. Das bedeutet, dass auf dieser Seite grosse Bauten entstehen werden. Die Begrünung von Fassaden ist in der BPK intensiv diskutiert worden, was von den Architekten mit einbezogen wird. Das Trottoir bleibt in seiner Breite bestehen, zusätzlich gibt es auf dieser Strassenseite einen Velostreifen. Die geplanten Gebäude sind teilweise sehr hoch, werden aber zum Städtli hin niedriger, womit das Stadtbild unterstützt und nicht tangiert wird. Es wird viele Begrünungen geben, was auch zu einer besseren Aufenthaltsqualität beiträgt. Die Präzisierungen bezüglich den Anpflanzungen gemäss BPK-Änderungsantrag findet man wichtig und unterstützenswert. In Richtung Altstadt bleibt das Lüdin-Gebäude als Zeuge der 50er-Jahre in einem Ensemble von Vorstadtgebäuden bestehen. Die Wohnungen mit ihren Ausrichtungen bieten eine hohe Aufenthaltsqualität. Im QP-Reglement ist sehr viel klar geregelt. Nicht gut ist, dass die Zufahrt ins Parkhaus von der Rheinstrasse her vom Kanton wahrscheinlich nicht bewilligt wird. Die Mitte-Fraktion nimmt den QP Lüdin wohlwollend zur Kenntnis und ist überzeugt davon, dass dieser QP zusammen mit den weiteren umliegenden Projekten zu einem Gewinn werden wird.

Peter Bürgin (FDP) orientiert als FDP-Fraktionssprecher, dass sich seine Fraktion auch nach der ersten Lesung nochmals intensiv mit dem QP Lüdin befasst hatte und diesem an der heutigen Sitzung zustimmen wird. Auch der Flyer vom Verein „Liestal.orientiert“ hat keine neuen Aspekte in die Diskussion eingebracht, zumal die verschiedenen Punkte bereits von der BPK intensiv diskutiert und bei Begehungen vor Ort und der Besichtigung von Modellen mehrmals thematisiert wurden. So ist auch die Situation bezüglich den Gebäudehöhen sehr stark relativiert worden. Mit diesem QP wird die Attraktivität von Liestal eine Steigerung erfahren und dieser ist in der Planung ja schon sehr weit fortgeschritten. In den Unterlagen sind nebst der

Wohnungsanzahl, den Bruttogeschossflächen usw. auch schon sehr viele detaillierte Visualisierungen über die Materialauswahl und Begrünung vorhanden, weshalb man sich schon sehr gut in die Situationen eindenken kann. An dieser zentralen Lage und in unmittelbarer Nähe zum öffentlichen Verkehr liegt eine verdichtete Bauweise auf der Hand, welche natürlich auch in die Höhe geht. Trotzdem passt sich der QP gut in die Umgebung ein. Speziell muss sicher noch die Ein- und Ausfahrt ins Parkhaus angeschaut werden und das Bauprojekt wird dann auch Klarheit bezüglich den 80 öffentlichen Parkplätzen schaffen. Die Projektverfasser haben sich schon sehr viel überlegt, weshalb auch kein Einheitsklotz gebaut wird, sondern eine Überbauung mit einer offenen Durchwegung und offenen Struktur entsteht. In unmittelbarer Nähe des Stedtlis wird ein qualitativ hochwertiges neues Quartier entstehen. Die FDP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Patrick Mägli (SP) fasst sich als Sprecher der SP-Fraktion kurz und wird seine Aussagen der ersten Lesung nicht nochmals wiederholen. Der QP Lüdin überzeugt nach wie vor auch seine Fraktion. Es wird begrüsst, dass damit ein neues Stadtquartier entsteht, welches gut strukturiert und mit den Durchwegungen ebenfalls gut geplant ist. Man hofft natürlich ebenfalls, dass bezüglich den Parkhauseinfahrten und -ausfahrten eine gute Lösung gefunden werden kann. Den BPK-Anträgen wird man zustimmen.

Albert Siegwart (GL) hält als Sprecher der Grünen Fraktion fest, dass beim QP Lüdin im Unterschied zu früheren Quartierplanungen doch viel Wert auf die Biodiversitätsförderung, die Förderung des Langsamverkehrs, die Energieeffizienz, attraktive Lebensräume usw. gelegt wurde. Die Aussenräume laden zum Verweilen ein und sind von verschiedenen Seiten her öffentlich zugänglich, so dass die Gestaltung und Durchwegung im Grünen für alle sein wird. Der Übergang von den Hochbauten entlang der Bahnhofstrasse zur Kleinräumigkeit der Altstadt ist mit den geplanten Gebäuden von unterschiedlichen Höhen gut gelöst, so dass es auf der Seite zum zukünftigen Stadtpark eine gewisse Weite geben wird. Auf Seite der Bahnhofstrasse ist die Hausfassade zugegebenermassen relativ hoch, doch stört das wenig, da dort ja der Durchgangsverkehr sowieso dominiert und sich dort wohl auch kaum jemand länger aufhalten wird. Zur Bekämpfung der Hitzeinsel und zur Auflockerung der Fassaden möchte seine Fraktion anregen, dass diese mit einer Vertikalbegrünung versehen werden. Alles in allem überzeugt der QP Lüdin und einzig die Ein- und Ausfahrt zum Parkhaus könnte ein Wermutstropfen sein. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen einstimmig zustimmen.

Markus Rudin (SVP) votiert als SVP-Fraktionssprecher, dass bei der ersten Lesung an der letzten Sitzung das Geschäft bereits intensiv besprochen wurde und laut heutiger Aussage des BPK-Präsidenten gibt es keine neuen Erkenntnisse. Auch die SVP-Fraktion wird dem QP Lüdin einstimmig zustimmen.

Daniel Schwörer (FDP) äussert als Einzelredner und Gegner des QP Lüdin, dass bei diesem Projekt wohl die Parkhaus-Einfahrt ein Wermutstropfen ist. Ein noch viel grösserer Wermutstropfen ist aber die Fassade und der Baukubus an der Bahnhofstrasse, welcher zu hoch und zu nahe an der Bahnhofstrasse ist. Es wird ein Eingangstor für Liestal werden und was man sieht, ist eine Wand, welche alles andere als einladend ist und auch der Aufgang zum Bahnhof ist alles andere als attraktiv. Eine Begrünung der Fassade könnte zwar noch etwas bringen. Natürlich gibt es die Durchwegung durch die ganze Siedlung hindurch, dennoch ist der Fussgänger so programmiert, dass er immer den möglichst kürzesten Weg nimmt und deshalb wird dafür wohl oftmals die Bahnhofstrasse auf dem Weg zum Bahnhof benützt. Im Flyer „Liestal.orientiert“ bringt die Problematik des QP Lüdin und insbesondere der Nordfassade sehr gut zum Ausdruck. Auch der Leserbrief dieses Vereins hat ihn persönlich sehr überzeugt, denn insbesondere im Nordbereich wird bei der Realisierung des QP Lüdin eine Bausünde gemacht, welche man dann in den nächsten 50 Jahren noch anschauen muss. Eigentlich wäre der QP mit den Bebauungsvorschlägen nicht schlecht, doch die Nordfassade ist ein Wermutstropfen. Im Flyer wird ja auch eine Profilierung verlangt, was sicher hilfreich wäre, doch ist diese Forderung wohl etwas zu spät gestellt worden. Damit hätte beispielsweise veranschaulicht werden können, wie hoch die Nordfassade werden soll. Und vor dieser Fassade fehlen

leider auch Bäume, mit welchen doch eine Arkade entlang der Bahnhofstrasse hätte realisiert werden können. Eine Profilierung sollte aber spätestens beim nächsten QP Orisbach vorgenommen und von der BPK verlangt werden, dass das Postgebäude im Massstab 1:1 ausprofiliert wird. Damit kann man sich dann auch vor Ort eine Vorstellung darüber machen, wie hoch das Gebäude werden soll und wie es sich mit der Sichtverhinderung auf das Stedtl verhält.

Stefan Fraefel (Die Mitte) bemerkt, dass man doch an die Zukunft denken sollte und nicht alles wie früher bleiben kann. Er ist davon überzeugt, dass es mit dem neuen QP und auch den zum Teil hohen Gebäuden entlang der Bahnhofstrasse nicht enger werden wird. Auch werden die Stedtl-Besucher von den hohen Fassaden gar nicht abgeschreckt, da sie dort gar nicht mehr durchlaufen werden. Der neue Bahnhof wird nicht mehr zentral erschlossen durch die Unterführung beim Palazzo und die Hauptunterführung mit Bahnhofzugang wird beim Emma Herwegh-Platz sein. Somit werden die Fussgänger den direkten Weg zum Bahnhof über den Fussweg bei der Kantonalbank oder beim Restaurant Falken nehmen. Und Stedtl-Besucher werden vom Bahnhof her die neue Durchwegung des QP Lüdin benützen. Das Trottoir entlang dem QP Lüdin wird wohl nur noch in Ausnahmefällen benützt und die Bahnhofstrasse wird primär nur noch dem Autoverkehr in Richtung Bahnhof und vor allem in Richtung Oristal dienen. Das Bevölkerungswachstum Liestals geht halt entweder zu Lasten der Landschaft oder zu Lasten einer verdichteten Bauweise im Siedlungsgebiet, was halt in den meisten Fällen mit der Realisierung höherer Bauten möglich ist. Die Gegner des QP Lüdin sollten nicht an den bestehenden Strukturen haften, sondern in die Zukunft denken und auch berücksichtigen, dass Altes nicht belassen werden kann, wenn sich beispielsweise wesentliche Gegebenheiten wegen dem Bahnhofneubau in Liestal ändern werden.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass die Redewendung „Der Weg ist das Ziel“ auch beim QP Lüdin zutrifft, denn dieser Weg ist gemeinsam und von Beginn an zur Arealentwicklung vom Lüdin-Areal eingeschlagen worden. Ein weiterer bedeutender Abschnitt auf dem Weg zu diesem Ziel wird der Einwohnerrat heute beschliessen. Dem Ziel nämlich, dass Liestal unmittelbar vor der Altstadt ein neues und qualitativ hochwertiges Erscheinungsbild bekommt. Der vorliegende QP Lüdin-Altstadtblick überzeugt in allen Belangen. Angefangen von der Satzung der einzelnen unterschiedlichen Gebäude und deren Höhen, der kreativen und aufwendigen Materialisierung, bis hin zu den verschiedenen Durchwegungen und der naturnahen Aussenraumgestaltung. Die einzelnen Schritte auf dem Weg bis zu heute wurden bedacht, vorsichtig und auch kritisch sowie im besten Wissen und Gewissen mit der Eigentümerschaft, den Architekten, den Planern, den Landschaftsarchitekten und der BPK gemeinsam gemacht. Immer mit dem Ziel vor Augen, die Lebens- und Aufenthaltsqualität für Liestal gemeinsam, konsolidiert und Interessen-abgewogen durchzuführen. Von einem «Durchwinken» kann allenfalls noch die Rede sein, wenn die gewählten Volksvertreter vom Einwohnerrat und Stadtrat am Fasnachtssonntag am Strassenrand stehen und dem Fasnachtstreiben zuschauen. Alles andere wäre ein schlechter Schnitzelbank. Der Startschuss für den QP Lüdin ist bereits im Jahr 2014 erfolgt, da als solide Grundlage eine Bebauungs- und Nutzungsstudie durchgeführt wurde. Im Nachgang hat sich die Eigentümerschaft dazu entschieden, ein Workshop-Verfahren durchzuführen, um ein stabiles und gleichzeitig flexibles, städtebauliches und freiräumliches Konzept für das Lüdin-Areal und Liestal seriös zu entwickeln. Dieses Workshop-Verfahren wurde zwischen Juni 2017 und Februar 2019 mehrfach durchgeführt. Das Verfahren wurde mit einem städtebaulichen Richtprojekt abgeschlossen, das vom Stadtrat genehmigt wurde. Nach erfolgtem Workshop-Verfahren wurde ein eingeladenen Architektur-Wettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt «Altstadtblick» baut auf dem zuvor genannten städtebaulichen Richtprojekt auf. Diese aufwendigen Verfahrensschritte wurden von ausgewiesenen Fachleuten und Stadt begleitet. Der Einwohnerrat kann heute über einen QP abstimmen, der Liestal als Kantonshauptstadt einen bedeutenden grossen Schritt vorwärts bringen wird. Dies auch unter Berücksichtigung weiterer Projekte wie der QP «Am Orisbach», der Neugestaltung der Allee mit dem Stadtpark sowie der Entwicklung des Masterplanes Rheinstrasse. Er bedankt sich im Namen des gesamten Stadtrates an dieser Stelle bei allen Mitwirkenden und insbesondere auch bei den BPK-Mitgliedern. Die vorberatende Kommission hatte differenzierte und interessante Fragen im Beisein der Planer, Projektentwickler, Architekten und der Stadt

gestellt, welche auch beantwortet werden konnten. Abschliessend möchte er festhalten, dass wir hier in Liestal an einem guten Ort leben.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die Anträge gemäss BPK-Vorlage Nr. 2022-130a abstimmen lässt.

Antrag BPK – Neuformulierung von § 6 Abs. 2 Quartierplan-Reglement

„Anpflanzungen mit Arten, welche zu den sogenannten invasiven Neophyten gezählt werden, sind nicht zulässig. Ebenso sind Neophyten mit invasivem Potenzial nicht zulässig.“

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. § 6 Abs. 2 des QP-Reglementes wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme die Quartierplanung «Lüdin», bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 24.08.2022 mit der vorgängig beschlossenen Änderung sowie dem Quartierplan, Bebauung, Nutzung, Erschliessung, Aussenraum und Schnitte 1:500 vom 24.08.2022.

245 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon – Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit in Folge ungenügender Tragfähigkeit des Baugrunds und Entsorgung von belastetem Aushubmaterial (Nr. 2022-146)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Werner Fischer (FDP) stellt als Kommissionspräsident der Bau- und Planungskommission den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-146a vor: Nachtragskredite sind halt schon nicht gerade beliebte Geschäfte und deshalb mussten vom Stadtrat, der Verwaltung und auch Architektin sehr viele Fragen der BPK beantwortet werden, wofür er auch danken möchte. Das Geschäft ist an zwei Sitzungen beraten worden und vom Stadtrat ist die Dringlichkeit nochmals aufgezeigt worden, müssen die neuen Schulräume doch bereits ab Sommer 2024 zur Verfügung stehen. Liestal verfügt über keine grossen geeigneten Parzellen für Schulanlagen und das Gestadeck-Schulhaus steht deshalb am richtigen Ort. Es gibt keine prüfenswerten Alternativen und höchstens eine Verschiebung der Schulbaute innerhalb des Areals hätte noch in Erwägung gezogen werden können, ist aber auf keine offenen Ohren gestossen, da die Baute nicht auf Boden ohne schadstofffreien Untergrund erstellt werden kann. Die Mehrkosten probierte man dahingehend zu minimieren, indem man den belasteten Untergrund, welcher nur für Kindergärten und Primarschüler problematisch ist, abträgt. Die Abtragung des belasteten Bodens auf eine Tiefe von 1 Meter bringt Aushubmaterial von rund 1'000 m³ mit sich, was mit rund 100 Lastwagen entsorgt werden müsste. Das Gebäude auf der Deponie-Fläche wird mit einer Pfählung auf rund 17 Meter tiefen Stelzen gestützt und unterfangen. Somit muss nur das Aushubmaterial der Bohrlöcher entsorgt werden und das Gebäude steht auf einem festen Boden. Die Bodenuntersuchungen hatten rund TCHF 60 gekostet und man kann nicht bei jedem Projekt immer vom schlechtesten Fall ausgehen. Nun weiss man aber auch, wieso im bestehenden Pavillon immer wieder Risse aufgetreten sind, welche nicht erklärbar waren. Die Mehrkosten bei den Elektroanlagen sind grösstenteils auf den Altbau-Teil zurückzuführen und eine Sanierung dieser Anlagen wäre sowieso nötig gewesen. Die Zusatzinvestition für den Fernwärmeanschluss macht im Zusammenhang mit der aktuellen Energiekrise sicher Sinn, wobei diese natürlich ebenfalls zu Mehrkosten führen. Die Architekturhonorare sind pauschalisiert worden, weshalb diese trotz den Mehrkosten nicht höher sein werden. Abschliessend möchte er nochmals festhalten, dass die Baute städtebaulich am richtigen Ort steht und das Schulhaus muss mit den fehlenden Räumen für einen kompletten Klassenzug ergänzt werden. Es ist die einzige Möglichkeit, dass im Sommer 2024 der nötige Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann und es soll kein weiteres Provisorium geschaffen werden. Es gibt keinen Alternativstandort, wo man kostengünstiger die benötigten Schulräume realisieren könnte. Die BPK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung, dem stadrätlichen Antrag bezüglich dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Peter Bürgin (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion habe sich intensiv mit dem Geschäft befasst und ist über den doch Nachtragskredit natürlich gar nicht erfreut. Man wird diesem aber zustimmen, da ja die Strategie bezüglich der Schulraumplanung weiterverfolgt werden muss. Einige Schulen platzen jetzt schon aus allen Nähten und müssen sich gut organisieren, damit der Schulbetrieb gewährleistet werden kann und mit akzeptablen Situationen unterrichtet werden kann. Die Schulanlage Gestadeck steht am richtigen Ort und muss bis im Sommer 2024 für einen ganzen Klassenzug ausgebaut werden. Somit bleibt keinerlei Zeit dafür, irgendwelche Alternativen prüfen zu können. Es ist sinnvoll, dass sich die BPK nicht nur dem Altlastenproblem gewidmet hat, sondern der Fokus auch geöffnet wurde. Aus dem Kommissionsbericht geht gut hervor, wie die Situation bezüglich der Aufschüttung überhaupt zustande gekommen ist und wie die negativen Auswirkungen sowie Probleme beim aktuellen Bauvorhaben gelöst werden. Grundsätzlich war das Vorgehen der Bauverwaltung absolut in Ordnung. Bei jedem

Bauvorhaben stellt sich immer wieder die Frage, in welchem Zeitpunkt welche Abklärungen zu treffen sind und wieviel Geld dafür ausgegeben werden soll. Es konnte der BPK aufgezeigt werden, dass sich die Planer bezüglich des Oberbodens und auch der Aufbereitung des Aus-hubs umfassende Gedanken gemacht haben. Mit der minimalen Abtragung des Oberbodens und optimalen Auffüllung konnte eine kostenoptimierte Lösung gefunden werden. Ein grosser Posten des Nachtragskredites ist die wirtschaftsbedingte Teuerung, welche aber sowieso an-gefallen wäre. Beim Fernwärmeanschluss handelt es sich um eine sinnvolle Zusatzinvestition angesichts der Energiekrise. Der Fehler bezüglich den fehlenden bzw. zu ersetzenden Elekt-roanlagen bei den Altbauten ist störend, diese müssen aber ebenfalls bereinigt und erledigt werden. Somit haben rund 50 % der Mehrkosten gar nichts mit der problematischen Aufschüt-tung zu tun. Seine Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Patrick Mägli (SP) äussert, dass es der SP-Fraktion ein Anliegen ist, dass gerade bei grossen Bauprojekten, welche dem obligatorischen Referendum unterstehen, die Abläufe so optimiert werden, dass Nachtragskredite wie im vorliegenden Fall nicht mehr vorkommen. So müssten halt geologische Untersuchungen bereits vor der Kreditgenehmigung vorgenommen werden. Den Schlussfolgerungen der BPK bezüglich dem Nachtragskredit kann man zustimmen. Es ist richtig, dass man dieses Projekt trotz den Mehrkosten realisiert. Das Schulhaus Gestadeck liegt am richtigen Standort, zumal ein anderer Standort aus Zeit- und Kostengründen gar nicht in Frage kommt. Die Massnahmen und Optimierungen im Zusammenhang mit dem Fernwär-meanschluss machen ja durchaus Sinn, doch die Mehrkosten betreffend den Elektroanlagen sind schon sehr ärgerlich. Die SP-Fraktion wird dem Nachtragskredit ebenfalls zustimmen.

Markus Rudin (SVP) berichtet als Sprecher der SVP-Fraktion, dass die BPK vom Stadtrat in-formiert wurde, dass von ihm verschiedene Alternativ-Standorte zum Gestadeck geprüft wur-den. Dies mussten aber alle wegen den zu erwartenden höheren Mehrkosten verworfen wer-den. Ein weiterer Grund ist auch der enorme Zeitdruck, muss doch die Schulanlage bis im Sommer 2024 bereitgestellt werden. Die Mehrkosten sind im BPK-Bericht und auch von den Vorrednern bereits begründet und kommentiert worden. Positiv ist doch, dass die Architekten-honorare pauschalisiert wurden und erfreulicherweise auf dieser Seite keine Mehrkosten zu erwarten sind. Es hat aber doch einen fahlen Beigeschmack, dass man all die neuen Erkennt-nisse mit den happigen Mehrkosten erst nach der Volksabstimmung festgestellt hatte. Auch seine Fraktion wünscht, dass man künftig bessere und fundiertere Abklärungen trifft, so dass sich Situationen wie im vorliegenden Fall nicht mehr wiederholen werden. Wegen dem Zeit-druck und dem dringenden Bedarf der zusätzlichen Schulräumlichkeiten stimmt die SVP-Fraktion dem Nachtragskredit murrend und zähneknirschend zu.

Albert Siegwart (GL) findet es als Sprecher der Grünen Fraktion unglücklich und bedauerlich, dass man nach der Volksabstimmung noch einen Nachtragskredit beschliessen muss. Man muss aber im Fazit feststellen, dass es keine bessere und günstigere Lösung gibt. Auch würde man den zusätzlichen Schulraum auch aus zeitlichen Gründen nicht bis im Sommer 2024 schaffen können, würde man den Nachtragskredit nicht bewilligen. Die Mehrkosten sind be-gründet und nachvollziehbar. Rund 1,2 Mio. an Kosten des beantragten Nachtragskredites von 1,95 Mio. werden so oder so anfallen, unabhängig davon, ob nun zusätzlicher Schulraum ge-schaffen wird oder nicht. Beim vorliegenden Nachtragskredit handelt es sich um einen Einzel-fall und man muss nun aufpassen, dass man präventiv nun nicht Massnahmen ergreifen möchte, die schlussendlich gar nichts nützen. So werden Altlasten-Kostenfolgen bei einem nächsten Projekt kaum mehr ein Thema sein, da wir in Liestal ja kaum mehr solche Abfallgru-ben in Liestal haben. Die Grüne Fraktion wird dem Nachtragskredit ebenfalls zustimmen.

Vreni Wunderlin (GLP) meint als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass wir nicht viel Spielraum haben und dringender Handlungsbedarf besteht. In Sachen Baugrund sind wir wohl alle auf die Welt gekommen. Es haben viele Abklärungen mit dem Amt für Umweltschutz und Energie BL stattgefunden. Damit der zusätzliche Schulraum bis im Sommer 2024 zur Ver-fügung gestellt werden kann, haben wir nicht viel Spielraum und von der Stadt ist ein Dokument mit verschiedenen Alternativen erstellt worden. Fazit ist, dass das Bauprojekt unverändert und

am gleichen Ort realisiert wird, der Zeitplan ein Jahr Verspätung erfährt und der Bedarf ausgewiesen ist. Die Ersatzbaute macht ja nur dann Sinn, wenn sie mit dem Gestadeck-Schulhaus verbunden ist, da es ja um die Erstellung von fehlenden Gruppenräumen für einen kompletten Klassenzug geht. Die aufgelaufene Teuerung und kleinere Projektanpassungen im Bereich Energieversorgung führen zu Mehrkosten. Den späteren Fernwärmeanschluss sieht ihre Fraktion als Gewinn. Persönlich freut es sie, dass der Mehrzweckraum mit einer kleinen Küche optimiert wird und für Vereinsanlässe genutzt werden kann. Ihre Fraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen und vielleicht wird der Kostenrahmen am Schluss gar nicht im ganzen Umfang beansprucht.

Stefan Fraefel (Die Mitte) äussert, dass bei der anschliessenden Abstimmung wohl ein Zähneknirschen zu hören sein wird. Seine Zähne werden jedoch unbeschadet bleiben, weil er die Anträge des Stadtrates und der BPK ablehnen wird. Entweder macht man zähneknirschend das Beste daraus, obwohl es nicht rund gelaufen ist oder man sagt klar „nein“ und nimmt die negativen Folgen dieser Ablehnung in Kauf. Das neue Projekt ist sicher finanziell die günstigste Lösung und dieses Projekt kann ebenfalls noch rechtzeitig realisiert werden. Mit dem neuen Projekt wird aber auf eine Deponie mit Altlasten, was für Primarschüler nicht gut ist, eine Primarschulbaute auf Stelzen realisiert. Und dieses Projekt wäre wohl so an der Volksabstimmung vom Souverän wohl kaum gutgeheissen worden. Mit der Realisierung des neuen Projektes werden wir wohl einen möglichen Fehler machen, indem man auf die sanierte Deponie eine Baute erstellt. Und diese Baute wird uns wohl in den nächsten 40 bis 60 Jahren im Wege stehen, wenn man sich dann vielleicht Überlegungen bezüglich einer Abtragung der Deponie macht, weil man neue Erkenntnisse und andere Vorschriften hat. Eine ähnliche Sünde wurde in Liestal bereits mit der A22-Umfahrungsstrasse gemacht, indem man mit relativ wenig Geld einen Fluss zugebaut hatte. Schon damals hätte man die Strasse in den Berg verlegen können, doch hatte man dies ebenfalls aus finanziellen Überlegungen nicht getan, weshalb wir wegen der damaligen Geldsparaktion heute wiederum ein Problem haben. Auch im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt würde er lieber auf das Feld 1 zurück gehen und ein Schulraum-Provisorium für ein paar Jahre aufstellen, damit wir nicht unter Druck handeln müssen. Die negativen Faktoren überwiegen bei ihm und er weiss, dass er mit seinem ablehnenden Entscheid haushoch überstimmt wird. Er hatte sich noch überlegt, den heutigen Ratsentscheid dem Behördenreferendum zu unterstellen, denn damit hätte das Volk nochmals die Möglichkeit gehabt, zum neuen Projekt mit anderen Kosten nochmals abstimmen zu können. Er verzichtet jedoch darauf, denn mit einer weiteren Urnenabstimmung würde wiederum viel Zeit beansprucht, die wir im vorliegenden Fall eben nicht haben, da der Schulraum in den Sommerferien 2024 zur Verfügung stehen muss.

Albert Siegwart (GL) nimmt zum vorgängigen Votum Stellung und hält fest, dass eine Abtragung der gesamten Ablagerungen enorm kosten würde und deshalb soll diese aus Kostengründen auch belassen werden. Bezüglich der Belastungen des Oberbodens hat er ausgerechnet, dass eine erwachsene Person rund 10 Kilogramm dieser Erde im Jahr essen müsste, damit er gleich viel polzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe zu sich genommen hätte, wie er dies mit Lebensmitteln ebenfalls zu sich nehmen würde. Natürlich ist die Verträglichkeit bei Kindern geringer und so bewegen sich die Grenzwerte auf einer sehr vorsichtigen Seite bewegen, doch selbstverständlich müssen diese Vorschriften eingehalten werden. Es ist aber nicht so, dass die Schulbaute auf einer Chemiemüll-Deponie erstellt wird, wo wir zukünftig das Problem bekommen könnten, dass sich die Kinder auf diesem Areal nicht mehr aufhalten dürfen.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, dass er sich ähnliche Gedanken wie Stefan Fraefel (Die Mitte) gemacht habe, doch sei er zu einem anderen Entschluss gekommen. Im Interesse der Schule wird er dem Nachtragskredit zustimmen, obwohl er die Problematik der Bodenbelastung damit nicht einfach so in Abrede stellen möchte. Der Nachtragskredit ist nicht einfach nur wegen einer Bagatelle nötig geworden und man hört immer wieder im Volk, dass man über Dinge abstimmt und die Politiker dann doch machen, was sie wollen. Fehler können passieren,

doch dann soll man auch offen dazu stehen und nicht einfach versuchen, diese zu bagatellisieren.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass es für den Stadtrat und auch die Verwaltung kein schöner Moment war, als man nach der Volksabstimmung von den neuen Erkenntnissen und Befunden erfahren musste. Natürlich nimmt man das Ganze nicht einfach auf die leichte Schulter und man versteht es auch, wenn Stimmbürger über das Vorgehen betreffend dem Nachtragskredit nicht ganz glücklich sind. Wenn man aber die ganzen Zusammenhänge verstehen kann und auch will, so ist doch meistens auch ein Verständnis dafür vorhanden. Er hat aber auch Verständnis für diejenigen, denen es den Hut gelüpft hatte, schliesslich hatte er auch etwas ungehalten reagiert, als er erstmals von den schlechten Nachrichten hörte. Man ist bemüht, dass solche Fehler in Zukunft nicht mehr passieren werden und man wird wohl bei Geschäften, welche dem Souverän vorgelegt werden müssen, künftig mehr Geld in Vorarbeiten und Vorabklärungen investieren, damit man beispielsweise hinsichtlich der Kosten doch noch vermehrt auf der sicheren Seite ist. Dem Rat möchte er für das Verständnis und die Zustimmung danken, damit der zusätzliche Schulraum doch noch im Sommer 2024 zur Verfügung gestellt werden kann.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates und der BPK abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Nachtragskredit Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon, Ausführungsprojekt, Konto 2.2171.5040.0299, in der Höhe von CHF 1'949'000.— inkl. 7.7 % MWST mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zu.

246 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Buserschliessung Langhagquartier – Bericht Stadtrat betreffend Postulat «Buserschliessung Langhagquartier mit bestehender Linie?» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-117a)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist, weshalb sich der Postulant nun zur stadrätlichen Beantwortung seines Vorstosses äussern möchte.

Stefan Fraefel (Die Mitte) nimmt als Postulant Bezug zum Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-117a und dankt für die stadrätlichen Antworten. Er ist mit der stadrätlichen Einschätzung und seinen Anträgen einverstanden. Man kann nun leicht sagen, dass man die Antworten bereits bei der Postulatsüberweisung gekannt habe. Dem ist nicht so, denn damals waren es nur Annahmen und erst nach den stadrätlichen Abklärungen wissen wir es nun definitiv. Und wenn nun eine Anpassung der Linie 76 nicht möglich ist, macht ein zusätzlicher Bus mit Kostenfolgen natürlich auch keinen Sinn. Schade findet er es, dass man anfangs gleich gesagt hatte, dass eine Lösung mit der Linie 70 und 71 nicht möglich ist und dies schon gar nicht prüfen wollte. Die Machbarkeit hätte ja zuerst generell geprüft werden und erst dann entschieden werden können, ob allfällige Lösungsmöglichkeiten genutzt werden können oder nicht. Bei künftigen Takt- und Linienänderungen können ja gegebenenfalls die im Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 2022-117 getroffenen Abklärungen wieder aus der Schublade genommen werden.

Philipp Franke (GL) dankt als Sprecher der Grünen Fraktion für das eingereichte Postulat und die vom Stadtrat diesbezüglich getroffenen Abklärungen. Wir haben in Liestal tatsächlich mehrere Quartiere, die vom öffentlichen Verkehr sehr schlecht erschlossen sind und alle Bestrebungen zur Verbesserung der Situation werden begrüsst. Die Postulatsbeantwortung ist nicht überraschend und man wird der Abschreibung dieses Vorstosses zustimmen. Im stadrätlichen Bericht wird die Aussage gemacht, dass es sich beim Langhagquartier um ein Gebiet handelt, wo überwiegend gewohnt wird und deshalb nicht davon auszugehen ist, dass mehr Zielgebiete direkter erreicht werden können als heute. Das ist doch eine gewagte Aussage, denn es ist auch eine ÖV-Aufgabe, dass Wohnquartiere erschlossen werden. Dann wird wiederum halbwegs relativiert, dass mit dem Bus doch Lausen mit dem Stedtli und dem Bahnhof verbunden wird und sich eine Umleitung deshalb nicht lohnt. Auch wird vom Stadtrat die Aussage gemacht, dass als einzige Lösung ein Ortsbus funktionieren würde. Wenn der Einwohnerrat einmal übereinkommen würde, dass die Leute in Liestal möglichst selten auf ein eigenes Auto angewiesen sein sollen, so müsste wohl kurz oder lang doch noch einmal die Ortsbus-Option thematisiert werden.

Florian Abt (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher darüber, dass seine Fraktion den stadrätlichen Bericht zur Kenntnis nehmen und auch dem Antrag für eine Postulatsabschreibung zustimmen wird.

Stadtrat Daniel Muri äussert, auch der Stadtrat würde einige bessere Buslinienführungen ebenfalls begrüssen und sich auch einen Ortsbus vorstellen, doch ist die Zeit dafür wohl noch nicht ganz reif. Mittel- oder langfristig dürfte es dann aber vielleicht schon selbstverständlich sein, dass auch die ÖV-Anbindung mit Bussen in den Quartieren gewährleistet ist, doch dies ist aktuell unter anderem auch aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt den stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2022-117a einstimmig zur Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2022-117 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

247 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Sperrung-Signalisation A22 – Interpellation «Bessere Kennzeichnung von Sperrungen der Autostrasse A22 bei der Einfahrt Liestal Nord» von Florian Sennhauser der FDP-Fraktion (Nr. 2023-156)

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und beantwortet diese wunschgemäss.

Zur Frage 1: Ja, der Stadtrat hat nun Kenntnis, dass es Verkehrsteilnehmende gibt, welche die Beschilderung übersehen. Zum Thema der Interpellation hat sich die Stadt Liestal mit den zuständigen Instanzen in Verbindung gesetzt. Die A22 ist seit dem 1. Januar 2020 im Eigentum des Bundes. Das Bundesamt für Strassen ASTRA informiert, dass im Falle von ordentlichen Sperrungen, also zum Beispiel bei geplanten Unterhaltsarbeiten wie Tunnelreinigungen, die verantwortliche Gebietseinheit NSNW AG im Auftrag des ASTRA Vorinformationen stellt. Zitat ASTRA: «Grundsätzlich werden diese Signalisationen, die über die Sperrungen und deren Zeitpunkt und Dauer aufmerksam machen, eine Woche vorher überall dort aufgestellt, wo man auf die zu sperrende Strecke fährt, also beispielsweise auch in Pratteln oder bei der Einfahrt Sissach. Auf der Strecke von besagtem Kreisel in Liestal zur Auffahrt A22 ist eine Tafel fix montiert, welche für die geplanten Arbeiten jeweils aufgeklappt und mit den entsprechenden Daten ergänzt wird. Weiter wird über geplante Sperrungen mittels Medienmitteilung informiert. Im Ereignisfall muss situativ reagiert werden. Es erfolgen entsprechende Radiomitteilungen im Auftrag der Ereignisdienste. Die in der Interpellation angesprochene Signalisation erlaubt eine rasche Information.» Die Stadt Liestal hat sich auch mit dem Unterhalts-Verantwortlichen für die Verwaltung der Nationalstrassen Northwest NSNW über das Anliegen der Interpellation in Kenntnis gesetzt, der zur Information des ASTRA noch folgende Erfahrung dazu legt: «Aus Erfahrung wissen wir, dass angepasste Verkehrsführungen bei Verkehrsteilnehmern aus der direkten Region nur selten beachtet werden. Insbesondere bei Verkehrsteilnehmern, welche die Strecke tagtäglich befahren. Eine Woche im Voraus werden Informationstafeln bei den Anschlüssen gestellt.». Umwegfahrten finden nicht nur nachts statt. Die Stadt Liestal hat sich schliesslich auch noch bei der Verkehrspolizei BL über allenfalls notwendige Verbesserungsmassnahmen zur Situation erkundigt und die Vorlage gezeigt. Die Kantonspolizei sieht keinen Handlungsbedarf.

Zur Frage 2: Es ist nicht die kantonale Bau- und Umweltdirektion, sondern der Bund zuständig. Zur Frage 3: Die Stadt Liestal hat alle zuständigen Instanzen ASTRA, NSNW und Verkehrspolizei BL, die etwas unternehmen können und müssen, über das Problem informiert. Alle sehen in der Situation keinen Handlungsbedarf.

Florian Sennhauser (FDP) ist als Interpellant zufrieden mit den Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Florian Sennhauser (FDP) führt aus, dass er sich nach der stadträtlichen Beantwortung seines Vorstosses nun wohl als Falschfahrer outen muss, da er die Signalisation wohl schon etliche Male übersehen hat. Doch kennt er auch andere Fahrzeughalter, die diese Beschilderung und die relativ dünnen Markierungen übersehen. Er dankt dem Stadtrat nochmals für die ausführlich Beantwortung seiner Fragen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) merkt als Einzelsprecher an, dass in der Interpellation geschrieben steht, dass ein Umweg gefahren werden muss. Er hat sich heute nochmals geachtet und dort besteht kein Verbot und auch keine Sperrfläche. Und bei einer Tunnelsperrung können auch keine Fahrzeuge aus dieser Richtung kommen. Auch sollte ein Wendemanöver für Personewagen bei einer Sperrung der A22 möglich sein.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-156 durch den Stadtrat.

248 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Windkraftanlagen – Interpellation «Windkraftanlagen auf Gebäuden» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2023-159)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und beantwortet diese wunschgemäss.

Zur Frage 1: Ja, der Stadtrat hat Kenntnis vom erwähnten Baugesuch.

Zur Frage 2: Natürlich muss der Stadtrat die Baugesuche auch im Interesse der Bevölkerung prüfen. So werden auch die Interessen der Familie Bonavia geprüft, wie es im heutigen Zeitungsbericht steht. Die Stadt prüft die Baugesuche im Zusammenhang mit den Gesetzgebungen und Bauvorschriften. Und sollten diese Vorschriften nicht eingehalten werden, erhebt der Stadtrat Einsprache beim Bauinspektorat des Kantons.

Zur Frage 3: Er selbst spürt bei sich zu Hause nichts von Immissionen und Stroboskopeffekten von Windkraftanlagen und als Stadtrat kann er davon ausgehen, dass man nichts in Kauf nehmen muss, was nicht dem Gesetz entspricht.

Zur Frage 4: Auch hinsichtlich des Tierschutzes wird sich der Stadtrat auf die Stellungnahme der Abteilung Natur und Landschaft des Kantons abstützen können.

Zur Frage 5: Selbstverständlich werden auch weitere vergleichbare Baugesuche dahingehend geprüft, ob sie gesetzeskonform sind.

Markus Rudin (SVP) wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Markus Rudin (SVP) hält als Interpellant fest, dass er und auch weitere Leute von dem im Vorstoss erwähnten Baugesuch betroffen sind. In der heutigen bz-Ausgabe wurde diesbezüglich berichtet und seine Fragen sind eigentlich von der bz-Berichterstatterin beantwortet worden. Er selbst ist nicht für oder gegen die Windkraftanlage, sondern ihn interessieren auch als BPK-Mitglied die Antworten, das Vorgehen und die Haltung des Stadtrates. Die Befürchtungen der Anwohnerschaft sind da. Seine Fragen, ob der Stadtrat einfach die kantonalen Regelungen übernimmt und wie es mit dem Tierschutz steht, wurden nicht beantwortet und deshalb kann er mit den stadträtlichen Antworten auch nicht ganz zufrieden sein. Wie verhält es sich beispielsweise mit den Fledermäusen, welche im dortigen Gebiet vorkommen? Er hofft aber doch, dass diese Abklärungen von den zuständigen Stellen getroffen werden.

Peter Küng (SP) meint als SP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion auch privaten Windkraftanlagen grundsätzlich positiv gegenübersteht. Jedes erneuerbare Kilowatt ist wichtig und diesbezügliche Innovationen werden unterstützt, denn nur so schaffen wir die Energiewende. Bewilligungsbehörde von Baugesuchen ist jedoch der Kanton und nicht die Stadt. Man vertraut dem Kanton und auch der Stadt, dass diese solche Windkraftanlagen-Baugesuche sehr sensibel und mit grossem Bewusstsein prüfen werden, da ja solche Anlagen durchaus auch Nachteile haben können.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-159 durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann